## MARCEL BECK

## Erblasserwille und Testamentswortlaut

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Mohr Siebeck

## Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

### 448

## Herausgegeben vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht

#### Direktoren:

Holger Fleischer, Ralf Michaels und Reinhard Zimmermann



## Marcel Beck

# Erblasserwille und Testamentswortlaut

Eine vergleichende Untersuchung des deutschen und englischen Rechts zur Reformation und Kassation einseitiger testamentarischer Verfügungen Marcel Beck, geboren 1993; Studium der Rechtswissenschaft an der Goethe-Universität Frankfurt am Main; 2017 Erstes Juristisches Staatsexamen; 2019 Promotion; seit 2017 Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zivilrecht, Zivilprozessrecht, Internationales Privatrecht und Rechtsvergleichung der Goethe-Universität Frankfurt am Main; seit 2019 juristischer Vorbereitungsdienst am Oberlandesgericht Frankfurt am Main. orcid.org/0000-0001-5388-6552

D 30

ISBN 978-3-16-159397-0 / eISBN 978-3-16-159398-7 DOI 10.1628/978-3-16-159398-7

ISSN 0720-1141 / eISSN 2568-7441 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über http://dnb.dnb.de abrufbar.

#### © 2020 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädele in Nehren gebunden.

Printed in Germany.



#### Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Wintersemester 2019/2020 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt am Main als Dissertation angenommen. Für die Druckfassung konnten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur bis einschließlich Januar 2020 berücksichtigt werden.

Mein tief empfundener Dank gilt in erster Linie meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Felix Maultzsch, LL.M. (NYU). Er hat mein juristisches Verständnis seit Beginn meines rechtswissenschaftlichen Studiums in Frankfurt am Main beeinflusst, meine Faszination für den Geist fremder Rechtsordnungen geweckt und mich in die Disziplin der Rechtsvergleichung eingeführt. Diese Schrift ist während meiner Zeit als Wissenschaftlicher Mitarbeiter an seinem Lehrstuhl entstanden, in der er mir stets den nötigen Freiraum für ihre Anfertigung gewährte. Dabei hat er den Entstehungsprozess maßgeblich durch seine stete Gesprächsbereitschaft, wertvollen inhaltlichen Anmerkungen und raschen Rückmeldungen unterstützt. Dieser Lebensabschnitt war für mich sowohl in fachlicher als auch persönlicher Hinsicht eine große Bereicherung und wird mir immer positiv in Erinnerung bleiben. Herrn Prof. Stefan Vogenauer, M.Jur. (Oxford), möchte ich nicht nur für die zügige Zweitbegutachtung dieser Arbeit, sondern auch für die konstruktiven inhaltlichen Anregungen danken.

Ferner möchte ich mich bei den Direktoren des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Holger Fleischer, LL.M. (Univ. of Michigan), Dipl.-Kfm., Herrn Prof. Dr. Ralf Michaels, LL.M. (Cambridge), und Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Reinhard Zimmermann, FBA FRSE, für die Aufnahme meiner Arbeit in diese Schriftenreihe bedanken.

Mein herzlichster Dank gilt schließlich meinen Eltern, die mich stets auf jede erdenkliche Weise gefördert haben. Ohne ihre liebevolle und selbstlose Unterstützung hätte diese Arbeit nicht entstehen können. Ihnen ist diese Schrift gewidmet.

Frankfurt am Main, im Januar 2020

Marcel Beck

## Inhaltsübersicht

Vo	rwort	VII
Inh	naltsverzeichnis	XI
Ab	kürzungsverzeichnis	XVII
§ 1	Einleitung	1
Α.	Problemaufriss	1
В.	Methode, Eingrenzung und Gang der Untersuchung	9
§ 2	Deutsches Recht	17
A.	Rechtsinstitute zur Verwirklichung des Erblasserwillens	17
В.	Zusammenfassung	97
§ 3	Englisches Recht	101
A.	Rechtsinstitute zur Verwirklichung des Erblasserwillens	101
В.	12th Programme of Law Reform im Spiegel des Lösungsansatzes	186
C.	Zusammenfassung	188
§ 4	Rechtsvergleich	191
Α.	Vergleich der Lösungsansätze	192
В.	Bewertung	219
<i>C</i> .	Zusammenfassung	272

## Inhaltsübersicht

§ 5	Reformvorschlag	279
A.	Anknüpfungspunkt	279
В.	Reformvorschläge des Schrifttums	280
<i>C</i> .	Eigene Position	298
§ 6	Schluss	311
Lit	eraturverzeichnis	319
En	tscheidungsverzeichnis	329
Sti	chwortverzeichnis	337

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	VII
Inhaltsübersicht	IX
Abkürzungsverzeichnis	XVII
§1 Einleitung	1
A. Problemaufriss	1
B. Methode, Eingrenzung und Gang der Untersuchung	9
§ 2 Deutsches Recht	17
A. Rechtsinstitute zur Verwirklichung des Erblasserwillens	17
I. Auslegung	17
1. Allgemeine Grundsätze	17
a) Richterlicher Rechtsanwendungsprozess	17
b) Bedeutung objektiver Bezugspunkte	19
c) Grenzen	21
Erläuternde Auslegung	21
a) Voraussetzungen	22
aa) Anhaltspunkte für einen abweichenden	22
Erblasserwillen	22
bb) Ermittlung des wahren Erblasserwillens	22
(1) Maßgebliche Perspektive	22
	25
(2) Maßgeblicher Zeitpunkt	25 25
(3) Relevante Bezugspunkte	23
(4) Problematik eines (scheinbar) klaren und	27
eindeutigen Wortlauts	27
cc) Hinreichende Andeutung	35
(1) Andeutungstheorie	36
(a) Inhalt	36
(b) Bedeutung gesetzlicher Auslegungs- und	
Ergänzungsregeln	38

			(2) Grundlage	39
			(a) Formwahrung	40
			(b) Erklärung des Geschäftswillens	42
			(c) Praktische Auswirkungen	45
			(3) Problematik der Falschbezeichnungen	47
			(4) Konstellationen fehlender Anhaltspunkte	51
			(5) Zusammenfassung	53
		b)	Grenzen	54
		c)	Rechtsfolge	54
		d)	Praktische Anwendungsbereiche	55
			aa) Grundsätzlicher Anwendungsbereich	55
			bb) Anwendung auf Fallbeispiele	55
	3.	Erg	änzende Auslegung	57
		a)	Grundsätzliches	57
		b)	Voraussetzungen	61
			aa) Planwidrige Regelungslücke	61
			bb) Ermittlung des hypothetischen Erblasserwillens	63
			cc) Hinreichende Andeutung	65
			(1) Inhalt	65
			(2) Bedeutung gesetzlicher Auslegungs- und	
			Ergänzungsregeln	69
			(3) Konstellationen fehlender Anhaltspunkte	70
		c)	Grenzen	72
		d)	Rechtsfolge	73
		e)	Praktische Anwendungsbereiche	74
			aa) Grundsätzlicher Anwendungsbereich	74
			bb) Anwendung auf Fallbeispiele	74
II.	Irı	rtum	nsanfechtung	76
	1.	Ver	hältnis zur Auslegung	77
	2.	Vor	aussetzungen	78
		a)	Anfechtungsgrund	78
			aa) Inhaltsirrtum, § 2078 Abs. 1 Alt. 1 BGB	78
			bb) Erklärungsirrtum, § 2078 Abs. 1 Alt. 2 BGB	80
			cc) Motivirrtum, § 2078 Abs. 2 Alt. 1 BGB	80
			dd) Kausalität	85
		b)	Weitere Voraussetzungen der §§ 2078 ff. BGB	88
			enzen	91
			chtsfolge	91
	5.		ktische Anwendungsbereiche	94
		a)	Grundsätzlicher Anwendungsbereich	94
		b)	Anwendung auf Fallbeispiele	96

	Inhaltsverzeichnis	XIII
В.	Zusammenfassung	97
§ 3	Englisches Recht	101
A. I.	Rechtsinstitute zur Verwirklichung des Erblasserwillens Interpretation  1. Allgemeine Grundsätze  a) Richterlicher Rechtsanwendungsprozess b) Bedeutung des Testamentswortlauts (objektiver Sinngehalt)  2. Voraussetzungen	101 101 102 102 103 105
	a) Anhaltspunkte für einen abweichenden Erblasserwillen	105
	b) Ermittlung des wahren Erblasserwillens	106
	aa) Maßgebliche Perspektive	106
	(literal approach)	107
	Erblasserwillens ( <i>intentional approach</i> )	109
	(modern contextual approach)	114
	bb) Maßgeblicher Zeitpunkt	120
	cc) Relevante Bezugspunkte	125 126
	evidence)	127
	(3) Bedeutung des <i>common sense</i> ?	134
	Wortlauts	136
	3. Grenzen	149
	4. Rechtsfolge	157
	5. Praktische Anwendungsbereiche	157
	a) Grundsätzlicher Anwendungsbereich	157
11	b) Anwendung auf Fallbeispiele	158
II.	Rectification	161
	<ol> <li>Zulässigkeit</li></ol>	161 163
	3. Voraussetzungen	166
	a) Ermittlung des wahren Erblasserwillens	166
	Testamentsabfassung	167
	c) Rectification-Grund	168

	aa) Clerical error, sec. 20(1)(a) AoJA 1982bb) Failure to understand his instructions, sec. 20(1)(b)	168
	AoJA 1982	171
	cc) Weitere Gründe?	175
	d) Fristwahrung	177
	4. Grenzen	180
	5. Rechtsfolge	182
	6. Praktische Anwendungsbereiche	182
	a) Grundsätzlicher Anwendungsbereich	182
	b) Anwendung auf Fallbeispiele	184
В.	12th Programme of Law Reform im Spiegel des Lösungsansatzes	186
<i>C</i> .	Zusammenfassung	188
§4	Rechtsvergleich	191
A.	Vergleich der Lösungsansätze	192
I.	Parallelen	192
II.	Divergenzen	195
	1. Rechtsdogmatische Perspektive	195
	a) Auslegungsebene	195
	aa) Perspektive	195
	bb) Beweisverwertbarkeit	196
	cc) Grenze	198
	dd) Dimensionen der Willensermittlung	198
	b) Ebene des förmlichen Rechtsbehelfs	200
	2. Rechtspraktische Auswirkungen	201
	a) Auslegungsebene	202
	aa) Perspektive	202
	bb) Beweisverwertbarkeit	204
	cc) Grenze	206
	dd) Dimensionen der Willensermittlung	208
	b) Ebene des förmlichen Rechtsbehelfs	210
III.	Übertragung auf die zugrunde liegenden	
	Diskrepanzkonstellationen	213
	1. Missverstandener Bedeutungsgehalt	213
	2. Fehlgegangene Erklärungshandlung	216
	3. Enttäuschter Beweggrund	218
В.	Bewertung	219
I.	Notwendigkeit einer formalisierten Beweisstrenge oder Vertrauen	
	auf die allgemeinen Beweisregeln bei der Durchsetzung des	
	Erblaggaryvillang?	220

	Inhaltsverzeichnis	XV
	1. Existenz eines schlüssigen Modells zur Formalisierung der	
	Beweisstrenge	220
	a) Formalisierte Beweisstrenge durch die	221
	Andeutungstheorie	221
	aa) Fehlende Konturen	221
	bb) Inkonsistente Anwendung	226
	Falschbezeichnungen	227
	(2) Differenzierung zwischen bewussten und	
	unbewussten Falschbezeichnungen	228
	cc) Mangelnde Präventionswirkung	231
	dd) Notwendigkeit eines Andeutungskriteriums aus	
	Gründen der allgemeinen Rechtsgeschäftslehre oder	
	der Formvorschriften?	232
	ee) Zusammenfassung	238
	b) Alternativkriterium zur formellen Begrenzung der	
	Beweiswirkung	238
	2. Notwendigkeit einer formalisierten Beweisstrenge	241
	3. Zusammenfassung	245
II.	Verstärkte Durchsetzungseffektivität des Erblasserwillens in	246
	Sonderfällen	246
	1. Konstellationen fehlgegangener Erklärungszeichen	246
TTT	2. Konstellationen von Übermittlungsfehlern	248 250
111.	Verwirklichung der Beweggründe des Erblassers	250
	Gleichbehandlung von realem und irrealem Willen	251
	2. Modalitäten der Verwirklichung der Beweggründe des	
	Erblassers	254
	3. Zusammenfassung	259
IV.	Reaktion auf irrtumsbehaftete testamentarische Verfügungen	260
	1. Differenzierte Antwort des englischen Rechts	261
	2. Kassation des deutschen Rechts	262
	a) Konstellationen sachgerechter Anfechtungsergebnisse	263
	b) Konstellationen inakzeptabler Anfechtungsergebnisse	267
	c) Zwingender Grund für einen bloß kassatorischen	
	Rechtsbehelf?	269
<i>C</i> .	Zusammenfassung	272

§ 5	Reformvorschlag	279
A.	Anknüpfungspunkt	279
B. I. II. III.	Reformvorschläge des Schrifttums Ausdehnung der Auslegung Positive Anfechtungswirkung Testamentskorrektur	280 280 291 294
<i>C</i> . I.	Vorschläge im Einzelnen	298 299
	<ol> <li>Durchsetzung des realen Erblasserwillens durch Auslegungsausdehnung</li> <li>Verwirklichung des irrealen Erblasserwillens durch</li> </ol>	299
II.	Testamentskorrektur  Auseinandersetzung mit möglichen Bedenken  1. Fehlende praktische Relevanz  2. Notwendigkeit einer Andeutung  3. Testamentskorrektur als systemwidriger und der Rechtssicherheit abträglicher Fremdkörper  4. Aushöhlung des Anfechtungsrechts	301 305 306 307 307 310
§ 6	Schluss	311
Lit	eraturverzeichnis	319
En	tscheidungsverzeichnis	329
Sti	chwortverzeichnis	337

## Abkürzungsverzeichnis

a.A. anderer Ansicht

Abs. Absatz

A.C. Law Reports, Appeal Cases (Third Series)

AcP Archiv für die civilistische Praxis

Add. Addams' Ecclesiastical Reports (1834–1840)

a.E. am Ende a.F. alte Fassung AG Amtsgericht

A.J.C.L. The American Journal of Comparative Law

All E.R. All England Law Reports
A.L.J.R. Australien Law Journal Reports

Alt. Alternative Anm. Anmerkung

AoJA 1982 Administration of Justice Act 1982

Art. Artikel
A.S.L.J. Arizona State Law Journal

Aufl. Auflage

BayObLG Bayerisches Oberstes Landesgericht

BayObLGZ Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Zivil-

sachen

Beavan's Chancery Reports

Begr. Begründer Beschl. Beschluss

BGB Bürgerliches Gesetzbuch BGH Bundesgerichtshof

BGHZ Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen

BNotO Bundesnotarordnung

bspw. beispielsweise

Bulstr. Bulstrode's King's Bench Reports BVerfG Bundesverfassungsgericht

BVerfGE Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts BWNotZ Zeitschrift für das Notariat in Baden-Württemberg

bzw. beziehungsweise

Carswell Ontario Cases (Canada)

Ch. Law Reports, Chancery Division (1891–date) Ch. D. Law Reports, Chancery Division (1875–1890)

C.L.C. Company Law Cases (Cth)

Cl. & F. Clark and Finnelly's House of Lords Reports

C.L.J. Cambridge Law Journal

Cmnd. Command Paper

Conv. Conveyancer and Property Lawyer

DB Der Betrieb

De G.M. & G. De Gex, Macnaghten and Gordon's Chancery Reports (England)

d.h. das heißt

DNotZ Deutsche Notar-Zeitschrift DRiZ Deutsche Richterzeitung

ebd. ebenda ed. edition

Edin. L.R. Edinburgh Law Review

edt. editor
edts. editors
e.g. exempli gratia
E.G. Estates Gazette
EL. Ergänzungslieferung
E.R. English Reports

ErbR Zeitschrift für die gesamte erbrechtliche Praxis ErbrechtKomm. Burandt, Wolfgang/Rojahn, Dieter (Hrsg.): Erbrecht

et al. et alii etc. et cetera

E.W.C.A. Civ. England and Wales Court of Appeal (Civil Division)

E.W.H.C. England and Wales High Court

f., ff. folgende

FamFG Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angele-

genheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit

FamRZ Zeitschrift für das gesamte Familienrecht FGPrax Praxis der freiwilligen Gerichtsbarkeit

Fn. Fußnote

FPR Familie Partnerschaft Recht

GG Grundgesetz

GG-Komm. Maunz, Theodor/Dürig, Günter (Begr.): Grundgesetz Kommentar

Harv. Int. L.J. Harvard International Law Journal

Harv. L. Rev. Harvard Law Review

HKK-BGB Schmoeckel, Mathias/Rückert, Joachim/Zimmermann, Reinhard

(Hrsg.): Historisch-kritischer Kommentar zum BGB

h.L. herrschende Lehre HL House of Lords

H.L. Cas. Clarke's House of Lords Cases

h.M. herrschende Meinung

Hrsg. Herausgeber

I.C.R. Industrial Cases Reports I.R. Irish Reports (1838–date)

i.S.d. im Sinne des ital. cod. civ. Codice civile i.V.m. in Verbindung mit

J. Judge

JA Juristische Arbeitsblätter
JR Juristische Rundschau
JURA Juristische Ausbildung
JuS Juristische Schulung
JW Juristische Wochenschrift

JZ Juristenzeitung

K.B. Law Reports, King's Bench Division

KG Kammergericht k.k. kaiserlich-königlich Komm. Kommentar

Law Com. No. Law Commission Number

LC Lord Chancellor L.J. Lord Judge

LM Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, Lindenmaier und Möh-

Law Quarterly Review L.O.R. L.R. Eq. Law Reports, Equity

L.R. Ex. Law Reports, Exchequer Cases

L.R. H.L. Law Reports, English and Irish Appeals and Peerage Claims, House

of Lords

L.R. P. & D. Law Reports, Probate and Divorce Cases

L.R. Q.B. Law Reports, Queens Bench

Limited Ltd.

LZ Leipziger Zeitschrift für deutsches Recht

MittBayNot Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und

der Landesnotarkasse Bayern

Modern Law Review M.L.R. M.R. Master of the Rolls

MünchKomm. BGB Säcker, Franz Jürgen/Rixecker, Roland/Oetker, Hartmut/Limperg,

Bettina (Hrsg.): Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetz-

MünchKomm. ZPO Krüger, Wolfgang/Rauscher, Thomas (Hrsg.): Münchener Kom-

mentar zur Zivilprozessordnung mit Gerichtsverfassungsgesetz und

Nebengesetzen

mit weiteren Nachweisen m.w.N.

N. C. Prob. The Non-Contentious Probate Rules 1987

**Rules** 1987

Neue Juristische Online-Zeitschrift NJOZ NJW Neue Juristische Wochenschrift

Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivil-NJW-RR

NIWE-FER Neue Juristische Wochenschrift-Entscheidungsdienst Familien-

und Erbrecht

NJW-Spez. Neue Juristische Wochenschrift-Spezial

NK-BGB Kroiß, Ludwig/Ann, Christoph/Mayer, Jörg (Hrsg.): Nomoskom-

mentar. BGB. Erbrecht

Nr. Nummer

New Zealand Law Review N.Z.L.R.

OLG Oberlandesgericht

**OLGZ** Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen O.U.C.L.J. Oxford University Commonwealth Law Journal

p.

P. Probate Division paragraph para.

P.C.B. Private Client Business

P.D. Law Reports, Probate, Divorce and Admiralty Division Ph. Phillips pt. part r. rule

Rabels Z Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht

Rdnr. Randnummer RG Reichsgericht

RGZ Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen

RNotZ Rheinische Notar-Zeitschrift R.P.C. Reports of Patent Cases RPfleger Der Deutsche Rechtspfleger

S. Seite(n)/Satz sec. section

SeuffA Seufferts Archiv für Entscheidungen der obersten Gerichte in den

deutschen Staaten

S.L.T. Scots Law Times
sog. sogenannte(r)
Soongsil L.R. Soongsil Law Review
st.Rspr. ständige Rechtsprechung
T. & T. Trusts and Trustees
Tru. L.I. Trust Law International

u.a. unter anderem

U.K.H.L. House of Lords, United Kingdom
U. Penn. L.R. University of Pennsylvania Law Review

Urt. Urteil
v. versus/vom
V.-C. Vice-Chancellor

Ves. Jun. Vesey Junior's Chancery Reports

vgl. vergleiche
vol. volume
Vorb. Vorbemerkung
WA 1837 Wills Act 1837

W.L.R. Weekly Law Reports
WM Wertpapier-Mitteilungen

W.N. Weekly Notes

W.T.L.R. Wills & Trusts Law Reports

z.B. zum Beispiel

ZErb Zeitschrift für die Steuer- und Erbrechtspraxis ZEuP Zeitschrift für Europäisches Privatrecht

ZEV Zeitschrift für Erbrecht und Vermögensnachfolge

ZGB Schweizerisches Zivilgesetzbuch

zit. zitiert

ZNR Zeitschrift für neuere Rechtsgeschichte

ZPO Zivilprozessordnung

ZVglRWiss Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft

## Einleitung

#### A. Problemaufriss

"Niemand stirbt ohne Erben."¹ Für den Erblasser ist es daher von größter Bedeutung, dass die Position des Erben richtig besetzt wird. Dabei ermöglicht es ihm die Testierfreiheit, hierauf Einfluss zu nehmen.² Indem der Testator eine Verfügung von Todes wegen errichtet,³ bestimmt er autonom darüber, wem der Nachlass im Erbfall zufallen soll.⁴ Hierin, also in der unverfälschten Verwirklichung seines letzten Willens, liegt das ureigene Interesse eines jeden Testators begründet.

Im Idealfall gibt der Testamentswortlaut<sup>5</sup> den Erblasserwillen zutreffend wieder, sodass die Nachlassverteilung im Sinne des Erblassers erfolgt. Demgegenüber ist die Willensverwirklichung unsicher, wenn das Testament feh-

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Daragan, ZErb 2006, 119; Simrock, Die deutschen Sprichwörter gesammelt, 1846, S. 96 Nr. 2083; Schmidt-Wiegand, Deutsche Rechtsregeln und Rechtssprichwörter. Ein Lexikon, 1996, S. 95.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die Testierfreiheit gilt als die "erbrechtliche Ausprägung der Privatautonomie", statt vieler etwa *Leipold*, MünchKomm. BGB, 8. Aufl., 2020, Einleitung zum Erbrecht Rdnr. 17; *Muscheler*, Erbrecht. Band I, 2010, S. 191 Rdnr. 327; *Mayer*, FPR 2011, 247, 248. Sie bietet die "Freiheit *zum* Testieren, *beim* Testieren, *im* Testieren und *durch* Testieren", *Muscheler*, Erbrecht. Band I, 2010, S. 191 Rdnr. 327. Einfachgesetzlich lässt sie sich aus den §§ 1937, 1941 BGB ableiten und ist verfassungsrechtlich durch die Erbrechtsgarantie gemäß Art. 14 Abs. 1 S. 1 GG geschützt, BVerfGE 58, 377, 398; 67, 329, 341; 91, 346, 358; 99, 341, 350; 126, 400, 424.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Die Verfügung von Todes wegen ist der Oberbegriff für das Testament (synonym: letztwillige Verfügung) und den Erbvertrag, vgl. § 1937 BGB. Näher *Leipold*, Münch-Komm. BGB, 8. Aufl., 2020, § 1937 Rdnr. 4.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Leipold, MünchKomm. BGB, 8. Aufl., 2020, Einleitung zum Erbrecht Rdnr. 17; Krätzschel, Nachlassrecht, 11. Aufl., 2019, §7 Rdnr. 1; Muscheler, Erbrecht. Band I, 2010, S. 191 Rdnr. 327. Dabei schafft die Möglichkeit, das Vermögen überhaupt an eigens Ausgewählte vererben zu können, für den Erblasser häufig Anreize, zu Lebzeiten vernünftig und nachhaltig zu wirtschaften, näher dazu Muscheler, Erbrecht. Band I, 2010, S. 4 Rdnr. 7; ausführlich Dutta, Warum Erbrecht? Das Vermögensrecht des Generationenwechsels in funktionaler Betrachtung, 2014, S. 151 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Im weiteren Verlauf wird ein konkret zu betrachtender Testamentswortlaut kursiviert dargestellt, um ihn als Ausgangspunkt für die Ermittlung des maßgeblichen Bedeutungsgehalts hervorzuheben.

lerhaft oder unpräzise abgefasst wurde und es infolgedessen zu einer Diskrepanz zwischen Urkundentext und Intention kommt. Dieses Szenario droht insbesondere dann, wenn der Erblasser juristischer Laie ist und sein Testament eigenständig im "stillen Kämmerlein" errichtet hat. Aber auch die professionelle Testamentserrichtung durch einen Rechtskundigen bewahrt nicht stets vor Ungenauigkeiten. Unabhängig von der konkreten Testamentsform wird der testamentarische Bedeutungsgehalt in diesen Divergenzfällen häufig zum Zankapfel. Nicht selten belastet die daraus erwachsende Erbstreitigkeit die Hinterbliebenen und droht ihre zwischenmenschliche Beziehung zueinander zu zerrütten. Doch auch die Rechtsordnung wird mit einer Herausforderung konfrontiert: Sie muss sich im seit jeher konfliktträchtigen Spannungsfeld zwischen Wille und Erklärung dahingehend positionieren, ob und inwieweit ein der wahren Intention entgegenstehender Wortlaut reformiert werden kann.

Das deutsche Recht lässt die Reformation des Testamentswortlauts zugunsten des wahren Erblasserwillens in den Grenzen der richterlichen Auslegung zu, die insbesondere durch die Andeutungstheorie gezogen werden. Dadurch macht sie die Durchsetzung des wahren Willens davon abhängig. dass der Testamentswortlaut eine Stütze für die wahre Intention erkennen lässt. Hieraus ergeben sich nicht unerhebliche Probleme: Durch die fehlende Konturierung der Andeutungstheorie und einen teils widersprüchlichen Rechtsprechungskurs ist die richterliche Entscheidung im Einzelfall kaum zu antizipieren, sodass Erbstreitigkeiten mit einem signifikanten Prozessrisiko behaftet sind. Die Problematik um das Kriterium spitzt sich weiter dadurch zu, dass die Andeutungstheorie als "Zünglein an der Waage" über das endgültige Schicksal des Erblasserwillens richtet. Das Scheitern der Willensdurchsetzung im Wege der Auslegung am Andeutungskriterium ist nämlich in aller Regel gleichbedeutend mit einer endgültigen Absage an die Durchsetzung des Erblasserwillens. Weicht der Wille infolgedessen nicht nur vom Wortlaut, sondern auch vom Auslegungsergebnis ab, wird das auf der Auslegungsebene noch zu verzeichnende Bestreben, den Erblasserwillen in positiver Hinsicht durchzusetzen, aufgegeben. Stattdessen greift die Irrtumsanfechtung gemäß §§ 2078 ff. BGB ein – "das klassische, jedem Juristen vertraute Beseitigungsrecht" -, das "die strengste Rechtsfolge" statuiert: die Kassation des dem Willen widersprechenden testamentarischen Bedeutungsgehalts gemäß §142 Abs. 1 BGB, ohne jedoch zugleich reformierend das

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Zimmermann, JZ 2016, 321, 324; Hosemann, RNotZ 2010, 520.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup> Siehe nur *Horn/Kroiβ*, NJW 2012, 666.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Deutlich hob dies etwa das OLG Hamm hervor, OLG Hamm ZEV 2011, 427, 428. Auch lagen einigen der bedeutsamsten Leitentscheidungen zur Testamentsauslegung notariell beurkundete Testamente zugrunde, siehe nur BGHZ 80, 246; 86, 41; 121, 357.

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Siehe nur *Busche*, MünchKomm. BGB, 8. Aufl., 2018, § 133 Rdnr. 9 m.w.N.

wirklich Gewollte durchzusetzen. Infolge der daraufhin rückwirkenden Nichtigkeit der testamentarischen Verfügung tritt regelmäßig die gesetzliche Erbfolge gemäß §§ 1924 ff. BGB ein – eine Rechtslage, die dem originären Erblasserwillen in aller Regel widerspricht. Die Irrtumsanfechtung mit ihrer bloß kassatorischen Wirkung erzielt somit kein befriedigendes Ergebnis.

Indessen mangelt es nicht an Vorstößen aus dem Schrifttum, die den deutschen Lösungsansatz kritisieren. So war die Andeutungstheorie bereits Gegenstand zahlreicher Auseinandersetzungen, etwa weil sie keine klaren Kriterien aufstelle, wann sich die geforderte Stütze für den wahren Erblasserwillen noch hinreichend aus dem Testamentswortlaut ableiten lasse. Scharfer Kritik sah sich darüber hinaus auch die bloß kassatorische Rechtsfolge der Irrtumsanfechtung ausgesetzt. So unternahm z.B. *Schulz* schon 1927<sup>13</sup> einen rechtspolitischen Angriff gegen die Anfechtungsvorschriften, denen er attestierte, "wunderliche Entscheidungen" herbeizurufen, die "widerspruchsvoll" und "rechtspolitisch unrichtig" seien und die "längst an [ihrer] Richtigkeit hätte[n] irre machen müssen". Nur zwei Jahre später kon-

<sup>&</sup>lt;sup>10</sup> Mankowski, Beseitigungsrechte. Anfechtung, Widerruf und verwandte Institute, 2003, S. 25.

<sup>&</sup>lt;sup>11</sup> Stellvertretend für die Fülle an kritischen Auseinandersetzungen mit der Andeutungstheorie bspw. Brox, Die Einschränkung der Irrtumsanfechtung. Ein Beitrag zur Lehre von der Willenserklärung und deren Auslegung, 1960, S. 152 ff.; Bernard, Formbedürftige Rechtsgeschäfte. Inhaltsermittlung, Umfang und Fassung der Urkundenerklärung, 1979, S. 66 ff.; Flume, in: Hundert Jahre deutsches Rechtsleben. Festschrift zum hundertjährigen Bestehen des Deutschen Juristentages. 1860–1960. Band 1, 1960, S. 135, 192 f.; Petersen, JURA 2005, 597, 599; Smid, JuS 1987, 283, 286; Brox/Walker, Erbrecht, 28. Aufl., 2018, S. 132 Rdnr. 4; Stumpf, Erläuternde und ergänzende Auslegung letztwilliger Verfügungen im System privatautonomer Rechtsgestaltung. Zugleich ein Beitrag zur Abgrenzung von Anfechtung, Umdeutung und Wegfall der Geschäftsgrundlage, 1991, S. 248; Häsemeyer, Die gesetzliche Form der Rechtsgeschäfte. Objektive Ordnung und privatautonome Selbstbestimmung im formgebundenen Rechtsgeschäft, 1971, S. 127 ff.; Lüderitz, Auslegung von Rechtsgeschäften. Vergleichende Untersuchung anglo-amerikanischen und deutschen Rechts, 1966, S. 186 ff.; vgl. Häsemeyer, AcP 188 (1988), 427, 428; ausführlich Scherer, Andeutungsformel und falsa demonstratio beim formbedürftigen Rechtsgeschäft in der Rechtsprechung des Reichsgerichts und des Bundesgerichtshofs, 1987.

<sup>&</sup>lt;sup>12</sup> Siehe etwa die diesbezüglich ablehnenden Positionierungen von *Pringsheim*, JW 1925, 359, 360; *Siber*, in: Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben, 1929, S. 350, 375; *Schmidt*, Der Motivirrtum im Testamentsrecht, 1933, S. 92 ff.; *Kolf*, Die Anfechtung von Testamenten, 1935, S. 18; *Schulz*, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Neudruck 1979, S. 70, 77; *Berse*, Der Motivirrtum im Testamentsrecht, 1991, S. 18.

<sup>&</sup>lt;sup>13</sup> Sein Beitrag stammt ursprünglich aus dem Jahr 1927, *Schulz*, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, 1927, S. 70 ff. Hier wird aber der leichter zugängliche Neudruck aus 1979 zitiert: *Schulz*, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Neudruck 1979, S. 70.

<sup>&</sup>lt;sup>14</sup> Schulz, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Neudruck 1979, S. 70, 75 ff. (erstes Zitat auf S. 78, zweites Zitat auf S. 77, drittes Zitat auf S. 75).

statierte auch *Siber*, dass sie "dem wirklichen letzten Willen infolge ihrer Zweischneidigkeit sehr oft nicht gerecht" würden. <sup>15</sup> Gleichwohl konnte sich die Kritik des Schrifttums nicht durchsetzen, sodass die neuralgischen Aspekte rund um die Andeutungstheorie und die bloß kassatorische Irrtumsanfechtung weiterhin virulent sind.

Einen weiteren Grund dafür, den deutschen Ansatz kritisch zu überdenken, liefern die liberalen Entwicklungen im englischen Recht. Während das englische common law früher für seinen streng am Erklärungswortlaut haftenden Auslegungsformalismus<sup>16</sup> und seine Unzahl an unübersichtlichen Auslegungspräjudizien bekannt war,<sup>17</sup> kennzeichnet das nunmehr als Produkt eines längeren Liberalisierungsprozesses auszumachende Bestreben, die wahre Intention des Erblassers zu verwirklichen, einen Bruch mit dieser Rechtstradition. Diesen Wendepunkt hat das House of Lords 1943 mit der Entscheidung Perrin v. Morgan<sup>18</sup> eingeleitet. Nachdem der eingeschlagene Kurs vom Gesetzgeber mitgetragen wurde, 19 konnte er sich in der Judikative fortwährend verfestigen und weiterentwickeln. Mit der jüngeren Entscheidung des Supreme Court Marley v. Rawlings20 hat das englische common law dann noch einmal eine bedeutsame Liberalisierung erfahren, die zur Etablierung des modern contextual approach geführt hat, der wiederum die Gleichstellung der Auslegungsmethodik von Testamenten mit derjenigen für andere Rechtsgeschäfte vorsieht.<sup>21</sup>

<sup>&</sup>lt;sup>15</sup> Siber, in: Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben, 1929, S. 350, 375.

<sup>&</sup>lt;sup>16</sup> Die wortlautfixierte Auslegungsmethode ist unter der Terminologie *literal approach* bekannt. Bezeichnend hierfür sind insoweit die Ausführungen in *The National Society for the Prevention of Cruelty to Children v. The Scottish National Society for the Prevention of Cruelty to Children*, [1915] A.C. 207, 214, per Lord Dunedin: "[…] I cannot help having the moral feeling that this money is probably going to the society to which, if we could have asked him, the testator would not have sent it. But that is not the question for a Court of law; the question for a Court of law is, taking the will as it stands, who is the beneficiary – what is the meaning of the words used?"

<sup>&</sup>lt;sup>17</sup> Selbst das *Law Reform Committee* schrieb der interpretation die Attribute "difficult" und "unclear" zu, siehe *Law Reform Committee*, Nineteenth Report. Interpretation of Wills (Cmnd. 5301), 1973, p. 13 para. 34.

<sup>&</sup>lt;sup>18</sup> Perrin v. Morgan, [1943] A.C. 399. Dazu noch unten § 3 A. I. 2. b) aa) (2), S. 110 f.

<sup>&</sup>lt;sup>19</sup> Der Gesetzgeber trieb den Liberalisierungsprozess maßgeblich durch das Bekenntnis zum den Willen des Erblassers in den Fokus rückenden *intentional approach* und die Bereitstellung der reformierenden *rectification* gemäß sec. 20 *Administration of Justice Act 1982* voran.

<sup>&</sup>lt;sup>20</sup> Marley v. Rawlings, [2015] A.C. 129. Zur Entscheidung, die nachfolgend mit Marley abgekürzt wird, noch näher unten § 3 A. I. 2. b) aa) (3), S. 114 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>21</sup> Nachdem die englische Rechtsprechung den liberalen Umbruch nunmehr zu einem recht klaren Kurs verarbeitet hat, schreitet der für das englische *common law* sonst eher untypische Aktionismus der englischen Legislative hingegen fort. Durch das im Juli 2014 begonnene *12th Programme of Law Reform* bahnen sich weitere Änderungen an, weil das

Nach diesem Wendepunkt liefert das englische Recht interessante Impulse. Auf den ersten Blick vermeidet dessen Lösung nämlich die am deutschen Ansatz kritisierten Aspekte. Das englische *common law* stellt in Form der *interpretation*, des Pendants zur deutschen Auslegung, und der *rectification* gleich zwei reformierende Institute zur Verfügung. Demgegenüber ist der englischen Rechtsordnung die Bereitstellung eines bloß kassatorischen Rechtsbehelfs in diesem Zusammenhang fremd. Darüber hinaus macht die englische *interpretation* die Durchsetzung des Erblasserwillens nicht von einer Andeutung im Urkundentext abhängig, sondern erklärt die unverfälschte Verwirklichung der wirklichen Intention im Wesentlichen zu einer Beweisfrage. Anders als die *interpretation*, mit deren Hilfe der wahre Erblasserwille in das Testament "hineingelesen" wird, der Wortlaut indes unverändert bleibt, erzielt das in sec. 20 *Administration of Justice Act 1982*<sup>22</sup> geregelte Institut der *rectification* sogar die tatsächliche Anpassung des Urkundentexts an die wahre Intention.

Der englische Vorstoß, mit althergebrachten Traditionen zu brechen, und das daraus resultierende Lösungsprodukt bilden vor dem Hintergrund des problematisch erscheinenden deutschen Ansatzes einen Anlass dafür, den sozialen Konflikt des vom Testamentswortlaut abweichenden Erblasserwillens rechtsvergleichend zum englischen Recht zu betrachten. Hierzu soll die zugrunde liegende Problemstellung anhand dreier Fallbeispiele näher exemplifiziert werden, auf die im Laufe der Untersuchung Bezug genommen wird. Jede dieser Konstellationen bildet einen Grund ab, der letztlich zur Diskrepanz zwischen Erblasserwille und Testamentswortlaut führt.

(1) Zunächst ist denkbar, dass sich der Erblasser über die Bedeutung der von ihm im Testament verwendeten Worte täuscht. In dieser Konstellation eines missverstandenen Begriffs weiß er nicht, dass seine Ausführungen objektiv etwas anderes ausdrücken als er subjektiv erklären wollte. Mit einer derartigen Fallgestaltung hatte sich das englische House of Lords 1914 in The National Society for the Prevention of Cruelty to Children v. The Scottish National Society for the Prevention of Cruelty to Children, [1915] A.C. 207<sup>23</sup> zu beschäftigen. Dort ordnete ein Schotte testamentarisch diverse Vermächtnisse an Wohltätigkeitsorganisationen an.<sup>24</sup> Inmitten dieser Anordnungen

Testieren für die Bevölkerung attraktiver gemacht werden soll, *Law Commission*, Twelfth Programme of Law Reform (Law Com. No. 354), 2014, p. 12 para. 2.30. Zudem wird erwogen, die elektronische Testamentserrichtung zu ermöglichen, ebd., p. 6 f. para. 1.32 ff. Dazu noch näher unter § 3 B., S. 186 f.

<sup>&</sup>lt;sup>22</sup> Nachfolgend mit AoJA 1982 abgekürzt.

<sup>&</sup>lt;sup>23</sup> Nachfolgend abgekürzt mit National Society v. Scottish National Society.

<sup>&</sup>lt;sup>24</sup> Der maßgebliche Testamentsabschnitt war wie folgt gefasst: "To the Dunfermline and West of Fife Hospital, One thousand pounds free of legacy or other Government duty and other charges, To the Royal Blind Asylum, Edinburgh, Five hundred pounds free of legacy or

bedachte er eine "National Society for the Prevention of Cruelty to Children", woraufhin die gleichnamige englische Society das Vermächtnis für sich beanspruchte. Allerdings war diese nicht die einzige, die in den Genuss des angeordneten Vermächtnisses des Schotten kommen wollte, denn auch die "Scottish National Society for the Prevention of Cruelty to Children" meldete ihr Interesse an. Abgesehen vom Zusatz "Scottish" wiesen die beiden Kinderschutzorganisationen also dieselbe Firmierung auf, standen aber in keiner Verbindung zueinander. Indessen sprachen die Umstände dafür, dass der Erblasser den schottischen Kinderschutzverein bedenken wollte: Der Erblasser setzte ausschließlich schottische Gesellschaften testamentarisch ein und verbrachte sein gesamtes Leben in Schottland. Sein Interesse war nur dem schottischen Land gewidmet, in das er auch sein Vermögen investierte. Darüber hinaus konnte festgestellt werden, dass er erst kurz vor der Testamentserrichtung von dem schottischen Kinderschutzverein Kenntnis erlangt hatte. Den englischen Verein, mit Sitz in London und ohne Tätigkeitsfeld in Schottland, kannte er nicht. Insgesamt hatte der Erblasser zu England nur sehr geringfügige Verbindungen.<sup>25</sup> Der Testierende täuschte sich also über die Bedeutung seiner verwendeten Worte, wenn er dachte, mit der Einsetzung der "National Society for the Prevention of Cruelty to Children" begünstige er den schottischen Kinderschutzverein, obwohl er damit stattdessen die englische Gesellschaft benannte. Das House of Lords sprach das Vermächtnis dem englischen Kinderschutzverein zu. Das Gericht betonte, es sei nicht seine Aufgabe, zu ergründen, was der Erblasser wirklich anordnen wollte – stattdessen habe es den objektiven Testamentswortlaut auszudeuten.<sup>26</sup>

(2) Im Unterschied zur erstgenannten Konstellation weiß der Erblasser in der im Schrifttum diskutierten zweiten Fallgestaltung eines *fehlgegangenen Erklärungszeichens* nicht, was er überhaupt erklärt. Wegen eines Fehlers in der eigentlichen Erklärungshandlung, etwa in Form eines Verschreibens,

other Government duty and other charges, To the Edinburgh Deaf and Dumb Benevolent Society, Five hundred pounds free of legacy or other Government duty and other charges, To the National Society for the Prevention of Cruelty to Children, Five hundred pounds free of legacy or other Government duty and other charges, To the Royal Edinburgh Hospital for Incurables (Longmore Hospital), Five hundred pounds free of legacy or other Government duty and other charges, To the Scottish Society for the Prevention of Cruelty to Animals, Two hundred and fifty pounds free of legacy or other Government duty and other charges, To the Royal Edinburgh Hospital for Sick Children, Five hundred pounds free of legacy or other Government duty and other charges, and to the Edinburgh Royal Infirmary, One thousand pounds free of legacy or other Government duty and other charges." Siehe The National Society for the Prevention of Cruelty to Children v. The Scottish National Society for the Prevention of Cruelty to Children, [1915] A.C. 207, 208.

<sup>&</sup>lt;sup>25</sup> The National Society for the Prevention of Cruelty to Children v. The Scottish National Society for the Prevention of Cruelty to Children, [1915] A.C. 207, 209.

<sup>&</sup>lt;sup>26</sup> Siehe § 1 A., S. 4 (Fn. 16).

scheitert die Umsetzung des Intendierten in den Wortlaut.<sup>27</sup> Der Erblasser testiert dabei etwa wie folgt:

"Hiermit setze ich meine einzige Nichte Martha zu meiner Alleinerbin ein."28

Weil er sich bei der Errichtung des Testaments versehentlich verschreibt, setzt er anstatt "Magda", wie seine "einzige Nichte" in Wirklichkeit heißt und die er in Wahrheit bedenken will, "Martha" zur Alleinerbin ein. Nach Eintritt des Erbfalls beruft sich seine Schwester, "Martha", auf das Testament und beansprucht die darin zum Ausdruck gelangende Alleinerbenstellung. Allerdings wollte er seine Schwester "Martha" unzweifelhaft nicht bedenken, weil er seit Jahrzehnten keinen Kontakt zu ihr hatte. Im Sinne der zwei Extrempositionen stellt sich hier also die Frage, ob das Testament zugunsten der wirklich in Aussicht genommenen "Magda" reformiert werden kann oder ob die Alleinerbenstellung der dem Wortlaut nach eingesetzten "Martha" zugesprochen werden muss. Als vermittelnde Lösung kommt schließlich die Kassation der testamentarischen Anordnung in Betracht, die die gesetzliche Erbfolge nach sich ziehen würde. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Frage, welche Rolle die zumindest zutreffende Bezeichnung "der einzige [n] Nichte" spielt und ob diese dazu beiträgt, die in Wahrheit als Alleinerbin in Aussicht genommene "Magda" in diese Position einrücken zu lassen.

(3) In der dritten Konstellation wird schließlich die *Motivation* oder *Zielsetzung* des Erblassers *enttäuscht*, die ihn zur Testamentserrichtung bewegt. Hier tut der Testator zwar dasjenige kund, was er erklären will, weshalb sich Wille und Wortlaut decken. Allerdings erfolgt bereits die Willensbildung fehlerhaft, weil er von Umständen ausgeht, die sich letztlich entweder als unwahr herausstellen oder deren erwarteter Eintritt ausbleibt.<sup>29</sup> Einen solchen Fall hatte etwa das RG 1920 zu entscheiden, als es sich mit der folgenden testamentarischen Verfügung einer kinderlosen Erblasserin auseinandersetzen musste:

<sup>&</sup>lt;sup>27</sup> Soweit ersichtlich, existieren keine Rechtsprechungsfälle, in denen ein Fehler bereits im eigentlichen Erklärungsvorgang zugrunde lag und sich dieser unmittelbar auf den Anordnungsinhalt ausgewirkt hätte, ebenso *Muscheler*, Erbrecht. Band I, 2010, S. 1000 Rdnr. 1964. Diskutiert wird diese Diskrepanzursache indes etwa bei ebd., S. 1000 Rdnr. 1963; *Leipold*, MünchKomm. BGB, 8. Aufl., 2020, § 2084 Rdnr. 22; *Schulz*, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Neudruck 1979, S. 70, 87; *Brox*, Die Einschränkung der Irrtumsanfechtung. Ein Beitrag zur Lehre von der Willenserklärung und deren Auslegung, 1960, S. 140; *Michalskil Schmidt*, BGB – Erbrecht, 5. Aufl., 2019, S. 128 Rdnr. 393.

<sup>&</sup>lt;sup>28</sup> Beispiel nach *Muscheler*, Erbrecht. Band I, 2010, S. 1000 Rdnr. 1963; *Leipold*, MünchKomm. BGB, 8. Aufl., 2020, § 2084 Rdnr. 22; *Schulz*, in: Gedächtnisschrift für Emil Seckel, Neudruck 1979, S. 70, 87; ähnlich auch bei *Brox*, Die Einschränkung der Irrtumsanfechtung. Ein Beitrag zur Lehre von der Willenserklärung und deren Auslegung, 1960, S. 140.

<sup>&</sup>lt;sup>29</sup> Schmidt, Der Motivirrtum im Testamentsrecht, 1933, S.7; Muscheler, Erbrecht. Band I, 2010, S. 1003 Rdnr. 1968.

"Zu meinen Erben zu gleichen Rechten und Anteilen ernenne ich die verwitwete Halbbauer Bä. Wilhelmine geb. Br. und den Halbbauer Ernst Br. "<sup>30</sup>

Allerdings erlebte der testamentarisch bedachte Neffe der Erblasserin, "Ernst Br.", den Erbfall nicht. Er hinterließ seine Ehefrau und zehn Kinder, wobei eines davon ebenfalls vor der Testierenden verstarb. Nach dem Erbfall beantragte Wilhelm Br., der älteste Sohn des "Ernst Br.", einen gemeinschaftlichen Erbschein, der ihn sowie seine acht lebenden Geschwister zu je 1/18 und "Wilhelmine Br." zur Hälfte als Erben ausweisen sollte. Er vertrat die Auffassung, dass seine acht Geschwister und er in die von der Erblasserin angedachte Erbenposition ihres Vaters einrückten. Im Testament wurde dies jedoch mit keiner Silbe erwähnt, weil die Erblasserin das Vorversterben ihres Neffen nicht bedacht hatte. Das RG sah sich daher mit der Frage konfrontiert, ob "in der Erbeinsetzung eines Geschwisterkindes [...] eine stillschweigende Ersatzberufung von Abkömmlingen des Eingesetzten insbesondere auch dann gefunden werden [kann], wenn der Erblasser bei der Testamentserrichtung an die Möglichkeit des Wegfalls des Eingesetzten nicht gedacht hat".31 Während die Vorinstanzen die begehrte Ersatzerbenberufung übereinstimmend ablehnten,32 urteilte das RG demgegenüber, dass das Begehren grundsätzlich über die richterliche Auslegung umgesetzt werden könne.<sup>33</sup> Bei Veränderungen in sachlicher oder persönlicher Hinsicht müsse gefragt werden "was nach der "Willensrichtung" des Erblassers zu der Zeit, da die Verfügung von ihm getroffen wurde, als von ihm gewollt anzusehen ist, sofern er vorausschauend das spätere Ereignis bedacht haben würde".34 Das Gericht konnte jedoch nicht ermitteln, ob die Erblasserin im Falle des Voraussehens des Vorversterbens des "Ernst Br." dessen Kinder als Erben eingesetzt hätte. Allerdings hatten die Vorinstanzen die familiären Beziehungen der Hinterbliebenen auch nicht hinreichend aufgeklärt, sodass dies nicht ausgeschlossen schien.35

<sup>30</sup> RGZ 99, 82.

<sup>31</sup> RGZ 99, 82.

<sup>&</sup>lt;sup>32</sup> Es wurde darauf verwiesen, dass § 2069 BGB nicht zur Anwendung komme, weil Wilhelm Br. kein Abkömmling der Erblasserin sei. Zudem lasse die testamentarische Anordnung Anhaltspunkte für eine Ersatzerbenberufung der Kinder des Neffen vermissen, RGZ 99, 82, 83.

<sup>&</sup>lt;sup>33</sup> In Übereinstimmung mit den Vorinstanzen erteilte auch das RG der Idee, die Ersatzerbenberufung über § 2069 BGB zu erreichen, eine Absage, weil es an der hierfür erforderlichen Klassifizierung des Wilhelm Br. als Abkömmling der Erblasserin fehle. Zudem sei die Norm einer dahingehenden erweiterten Auslegung auch nicht zugänglich, RGZ 99, 82, 85.

<sup>34</sup> RGZ 99, 82, 85.

<sup>&</sup>lt;sup>35</sup> Mit dem Auftrag dies nachzuholen, verwies das RG unter Aufhebung der vorinstanzlichen Entscheidungen die Sache an das Nachlassgericht zurück, RGZ 99, 82, 87.

Die geschilderten Szenarien haben die Problematik, die sich aus der Diskrepanz zwischen dem wirklichen Willen des Erblassers und dem Testamentswortlaut ergibt, verdeutlicht. Ihnen liegt ein sozialer Konflikt zugrunde, der sich aus dem Interesse des Erblassers an der Verwirklichung seines privatautonom bestimmten letzten Willens auf der einen Seite und der Interessen Dritter sowie der Gesamtrechtsordnung an Rechtssicherheit, Vorhersehbarkeit und Stabilität auf der anderen Seite ergibt. Dabei verspricht die rechtsvergleichende Betrachtung der deutschen und der englischen Lösung eine neue Sichtweise auf den eigenen nationalen Ansatz zur Bewältigung dieses Spannungsfelds. Um den angerissenen problematisch erscheinenden Aspekten des deutschen Rechts zu begegnen, sollen die aus dem Rechtsvergleich gewonnenen Erkenntnisse für den Entwurf eines Neumodells fruchtbar gemacht werden, das im Zeichen der Rechtssicherheit und -klarheit stehen sowie unbillige Ergebnisse vermeiden soll.

## B. Methode, Eingrenzung und Gang der Untersuchung

Die Arbeit beleuchtet den aufgezeigten sozialen Konflikt funktional-rechtsvergleichend<sup>37</sup> aus der Mikroperspektive. <sup>38</sup> Untrennbar mit dem funktionalen Ansatz verbunden sind *Zweigert* und *Kötz*, die mit ihrem 1971 erschienenen, <sup>39</sup> zu weltweiter Bedeutung gelangten Grundlagenwerk "Einführung in die Rechtsvergleichung" maßgeblich zur vorherrschenden <sup>40</sup> Stellung der Methode beigetragen haben. <sup>41</sup> Diese sieht vor, dass nur dasjenige Recht mitein-

<sup>&</sup>lt;sup>36</sup> In diese Richtung auch etwa BGHZ 80, 242, 246; 37, 79, 92.

<sup>&</sup>lt;sup>37</sup> Zur Lehre der funktionalen Rechtsvergleichung insbesondere *ZweigertlKötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts, 3. Aufl., 1996, S. 11, 33 ff. und 43.

<sup>&</sup>lt;sup>38</sup> Zur Mikroperspektive *Zweigert/Kötz*, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts, 3. Aufl., 1996, S. 4 f.

<sup>&</sup>lt;sup>39</sup> Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts. 1971.

<sup>&</sup>lt;sup>40</sup> Kischel, Rechtsvergleichung, 2015, S. 93 Rdnr. 3: "[Der funktionale Ansatz] ist die heute klassische Form der Rechtsvergleichung, ihr folgen bewußt oder unbewußt die weitaus meisten rechtsvergleichenden Untersuchungen [...]." Ihn vertreten neben Zweigert und Kötz bspw. Michaels, in: The Oxford Handbook of Comparative Law, 2nd ed., 2019, p. 345 ff.; Wendehorst, in: Festschrift für Claus Wilhelm Canaris zum 70. Geburtstag. Band 2, 2007, S. 1403; Brand, JuS 2003, 1082, 1086; Piek, ZEuP 21 (2013), 60, 86 f. Dabei ist aber anzumerken, dass es nicht die funktionale Methode der Rechtsvergleichung gibt. Eine solche Ausrichtung ist vielmehr als methodischer Ausgangspunkt zu verstehen, weil sich die konkreten Vorgehensweisen in ihren Facetten durchaus unterscheiden, siehe dazu Michaels, in: The Oxford Handbook of Comparative Law, 2nd ed., 2019, p. 345, 347.

<sup>&</sup>lt;sup>41</sup> Kischel, Rechtsvergleichung, 2015, S. 93 Rdnr. 3; Michaels, in: The Oxford Handbook of Comparative Law, 2nd ed., 2019, p. 345, 346.

ander verglichen werden kann, das "dieselbe Aufgabe, dieselbe Funktion erfüllt". 42 Hiernach steht also nicht die dogmatische Herangehensweise der Problembewältigung im Vordergrund, sondern die Suche nach praktischen Lösungen. 43 Michaels konkretisiert dies dahingehend, dass das Augenmerk auf dem "effect" der Lösungsansätze und nicht auf deren "rules", also den "doctrinal structures and arguments", liege.<sup>44</sup> Allerdings ist der funktionale Ansatz nicht unumstritten. 45 So halten ihm seine Kritiker bspw. entgegen, dass er sich dem kulturellen Hintergrund fremder Normen verschließe und sie dadurch aus ihrem Zusammenhang reiße. Das Modell lasse keinen Raum, die Rahmenbedingungen des Vergleichs kontextuell zu analysieren, woraufhin die rechtsvergleichende Arbeit aus der Perspektive eines Außenstehenden erfolge, der den Vergleichsansatz nicht hinreichend durchdringe. 46 Dadurch bestehe für den Vergleichenden die Gefahr einer juristischen Vorbeurteilung und eines juristischen Ethnozentrismus.<sup>47</sup> Trotz der bestehenden Einwände wurde bislang jedoch nicht widerlegt, dass die traditionelle Form einer funktionalen Betrachtung für den Rechtsvergleich fruchtbar gemacht werden kann. Insbesondere mit Blick auf die hier intendierte Entwicklung eines neuen Lösungsmodells für die eigene Rechtsordnung kann Inspiration nur aus einer funktionalen Betrachtungsweise des fremden Ansatzes gewonnen werden.

Die Untersuchung wird sich im Wesentlichen mit dem Fall befassen, dass der vom Wortlaut abweichende wahre Wille nachweisbar ist. 48 Hieran an-

<sup>&</sup>lt;sup>42</sup> Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts, 3. Aufl., 1996, S. 33.

<sup>&</sup>lt;sup>43</sup> Zweigert/Kötz, Einführung in die Rechtsvergleichung auf dem Gebiete des Privatrechts, 3. Aufl., 1996, S. 33; deutlich auch *Michaels*, in: The Oxford Handbook of Comparative Law, 2nd ed., 2019, p. 345, 347; *Kischel*, Rechtsvergleichung, 2015, S. 94 Rdnr. 3; *Piek*, ZEuP 21 (2013), 60, 62: "Rechtsinstitute werden [...] nicht auf ihre äußere Form hin untersucht, sondern daraufhin, welche Funktion sie erfüllen, d. h. welche Lösungen sie anbieten." Zur mit der funktionalen Methode traditionell einhergehenden "praesumtio similitudinis", der Vermutung für die Ähnlichkeit der praktischen Lösungen, noch unten §4, S. 191 f.

<sup>&</sup>lt;sup>44</sup> Michaels, in: The Oxford Handbook of Comparative Law, 2nd ed., 2019, p. 345, 349.

<sup>&</sup>lt;sup>45</sup> Ausführliche Darstellung der Kritik bei *Kischel*, Rechtsvergleichung, 2015, S. 95 ff. Rdnr. 6 ff. und zu alternativen Modellen ebd., S. 108 ff. Rdnr. 31 ff. Siehe auch *Piek*, ZEuP 21 (2013), 60 ff.; *Michaels*, in: The Oxford Handbook of Comparative Law, 2nd ed., 2019, p. 345 ff. Einige Rechtsvergleicher sehen in der Betrachtung des jeweils geltenden Rechts ("black-letter law") schon den falschen Ausgangspunkt, vgl. dazu etwa *Ewald*, (1995) 143 U. Penn. L.R. 1889, 1982 ff. und 2106 ff.

<sup>&</sup>lt;sup>46</sup> Vgl. *Gerber*, (1998) 46 A.J.C.L. 719, 722; *Husa*, RabelsZ 67 (2003), 419, 428 ff.; zusammenfassend dazu auch *Kischel*, Rechtsvergleichung, 2015, S. 98 Rdnr. 11.

<sup>&</sup>lt;sup>47</sup> Vgl. *Demleitner*, (1999) 31 A.S.L.J. 737, 741 ff.; *Frankenberg*, (1985) 26 Harv. Int. L.J., 411, 421; siehe auch *Kischel*, Rechtsvergleichung, 2015, S. 98 Rdnr. 11

<sup>&</sup>lt;sup>48</sup> Nachrangig behandelt werden Szenarien, in denen die wirkliche Intention nicht auf-

## Stichwortverzeichnis

- administration 13
- siehe auch letter of ∼
- administrator, siehe administration
- Affektionsinteresse 249, 307
- siehe auch Schadensersatz
- siehe auch Vermögensschaden
- Andeutungstheorie 2 ff., 36 ff., 65 ff., 220 ff.
- als Ausdruck formalisierter Beweisstrenge 220 ff.
- Begrenzungsfunktion 36 ff., 65 ff.,
   220 ff.
- Grundlage 39 ff., 65 ff.
- Notwendigkeit 220 ff., 298 ff.
- und Anfechtung 90
- und ergänzende Auslegung 65 ff.,
   254 f.
- und erläuternde Auslegung 35 ff.,
  221 ff.
- Zwei-Stufen-Prüfung 40 ff., 225 f.
   Anfechtung 76 ff., 200 f., 210 ff., 260 ff.
- siehe auch rescission
- ~sberechtigung 89
- ~serklärung 89, 293
- ~sfrist 89, 91, 200, 211, 256 ff., 270
- ~sgegner 87, 89, 210
- ~sgrenzen 91
- Bestätigung des Rechtsgeschäfts 91, 317
- Beweislast 76
- Kassation 91 ff., 260 ff.
- Kausalität 85 ff.
- positive Wirkung 291 ff.
- Rolle der Andeutungstheorie 90
- Teil~ 79, 92 f., 265 f.
- unbewusste Vorstellung 84 f., 87, 95, 268
- Verhältnis zur Auslegung 77 f.

- wegen Erklärungsirrtums 80, 96, 246 ff., 269
- wegen Inhaltsirrtums 78 ff., 94, 269
- wegen Motivirrtums 77, 80 ff., 86 f., 250 ff.
- wegen Rechtsfolgenirrtums 78
- wegen Übergehung eines
   Pflichtteilsberechtigten 86 f.
- Zweck 76, 269 ff.
- animus testandi 102, 125, 181
- armchair principle 128 ff., 196 f., 203
- Auslegung 17 ff., 192 f., 195 ff., 201 ff.,
  - 213 ff., 220 ff., 246 ff., 298 ff.
- siehe auch ergänzende Auslegung
  siehe auch erläuternde Auslegung
- siehe auch falsa demonstratio non
- siehe auch Geschäftswille
- siehe auch implication of terms in fact doctrine
- siehe auch interpretation
- als richterlicher
- Rechtsanwendungsprozess 17 ff.
- ~sausdehnung 280 ff., 299 ff.
- − ~sbedürftigkeit 27, 32, 35
- − ~sfähigkeit 27, 30, 32 f.
- ~smaterial 23, 25, 63 ff., 196 f., 205, 214, 233, 281
- − ~smaximen 102 ff.
- − ~s- und Ergänzungsregelungen 24,38 f., 69 f., 199, 252, 255
- Beweislast 18
- freie ~ 41 f., 225, 282
- Grenzen 54, 72 f.
- natürliche ∼ 19
- normative ~ 19 f., 22
- objektiver testamentarischer Bedeutungsgehalt 19 ff.
- Verhältnis zur Anfechtung 77 f.

- Willenstheorie 41

Belehrungspflicht 34, 234 f. Beratungsfunktion 11, 29 Berichtigung 114, 162, 172, 180, 187, 304 ff.

- siehe auch Auslegung
- siehe auch interpretation
- siehe auch rectification
- siehe auch Reformation
- siehe auch Testamentskorrektur

Berliner Testament 51 f.

Bestätigung des Rechtsgeschäfts 91, 317 Beweggrund, enttäuschter 7 f., 57 ff., 74 ff., 80 ff., 152 ff., 175 f., 218 f., 250 ff., 301 ff.

Beweislast 18, 76, 86 f., 162

siehe auch

- Beweisverwertungsregelung
- siehe auch convincing proof
- ~umkehr, siehe Vermutung, widerlegliche

Beweisverwertungsregelung 127 ff., 197, 205, 214, 240 ff.

circumstancial extrinsic evidence 128 ff., 158 ff. clerical error 162, 168 ff., 182 ff., 201, 217 f., 246 ff.

- siehe auch rectification common sense 134 f., 141 construction, siehe interpretation contextualism 143

- siehe auch intentional approach
- siehe auch modern contextual approach

convincing proof 167 corrective construction, siehe interpretation

dictionary principle 108, 126 f., 146 f., 152, 314 doctrine of lapse 123 f., 153, 158, 160 f., 209, 218, 251

Eindeutigkeitsformel 28, 30 equivocation 132 Erbscheinsverfahren 19, 21, 305 – siehe auch grant of probate ergänzende Auslegung 57 ff., 250 ff.

- siehe auch Testamentskorrektur
- Abgrenzung zur erläuternden Auslegung 60
- als rechtsgestaltende T\u00e4tigkeit des Richters 73
- dogmatische Grundlage 58 ff.
- Ermittlung des hypothetischen Erblasserwillens 63 ff.
- Grenzen 72 f.
- Kassation 64 f.
- Perspektive 63 ff.
- planwidrige Regelungslücke 61 ff.,
  73 f.
- rechtsmissbräuchliches Verhalten, siehe Grenzen
- Reformation 73
- Unwirksamkeit einer testamentarischen Verfügung, siehe Kassation
- Verwirkung, siehe Grenzen
- willensgetragene Lücke 62 f.
- Zeitpunkt 63 f.

Erheblichkeit des Irrtums, siehe Kausalität

Erklärungsirrtum 80, 246 ff.

- siehe auch clerical error
- siehe auch fehlgegangenes
   Erklärungszeichen

erläuternde Auslegung 21 ff.

- siehe auch falsa demonstratio non nocet
- siehe auch Falschbezeichnung
- siehe auch Geschäftswille
- siehe auch interpretation
- Auslegungsergebnis 18 f., 22, 24 ff.,
   39 ff., 77, 280 ff., 299 ff.
- Bezugspunkte 25 ff.
- Eindeutigkeitsformel 27 f., 30
- Ermittlung des realen
   Erblasserwillens 22 ff.
- gegen den Wortlaut 27 ff., 226 ff.
- Grenzen 54
- Perspektive 22 ff.
- Reformation 54 f.
- Verbot der

Buchstabeninterpretation 30

widerlegliche Vermutung 33, 35, 90, 104, 139, 194 wohlwollende ~ 24, 59
 Ersatzerbe 7 f., 28, 31, 59, 70 ff., 88
 Erster Entwurf des BGB 88, 90 f., 257,

evidence of the testator's intention 120, 127 ff., 158, 183 f., 204 ff.

executor 13, 102, 163

extrinsic evidence, siehe circumstancial extrinsic evidence

factual matrix, siehe circumstancial extrinsic evidence

failure by the testator to appreciate the effect of the words used 173, 176

failure to understand the testator's instruction 162, 171 ff., 185, 201, 248 ff., 275

- siehe auch rectification

falsa demonstratio non nocet 33, 48 ff., 137, 146 ff., 193, 223, 226 ff., 232 ff., 244, 274 ff.

siehe auch Falschbezeichnung

Falschbezeichnung 47 ff., 226 ff., 273 f.

- siehe auch falsa demonstratio non nocet
- bewusste ~ 47 ff., 226 ff., 245, 273 f.
- unbewusste ~ 47 ff., 56, 146, 226 ff., 245, 273 f.
- Unschädlichkeit der ~, siehe falsa demonstratio non nocet

fehlgegangenes Erklärungszeichen 6 f., 74, 157, 160, 182, 216 ff., 246 ff., 266, 275

- siehe auch clerical error
- siehe auch Erklärungsirrtum

formalisierte Beweisstrenge 220 ff.

- siehe auch Andeutungstheorie
- siehe auch incapable meaning rule
   Formzwecke 40, 235

freie Auslegung 41 f., 225, 282

#### Frist

- bei der Anfechtung 89, 91, 200, 210 f., 256 ff.
- bei der Auslegung 54, 73, 240, 256 ff.
- bei der interpretation 156
- bei der rectification 177 ff., 200,
  210 f
- bei der Testamentskorrektur 303, 305, 317

funktionale Rechtsvergleichung 9 f., 191

- siehe auch Mikroperspektive
- siehe auch praesumtio similitudinis

Geschäftswille 42 ff., 233, 284 gesetzliche Erbfolge 3, 28, 39 f., 79, 212, 215 f., 261 ff., 291 Gestaltungsklage 293, 304 f., 317 grant of probate 103, 125, 178, 200, 210

heavy burden of proof, siehe convincing proof

Herausgabeklage 304

*implication of terms in fact doctrine* 146, 153 ff., 209, 218

- officious bystander test 153

incapable meaning rule 136 – siehe auch rewriting

individueller Sprachgebrauch, *siehe*Falschbezeichnung, bewusste und *dictionary principle* 

Inhaltsirrtum 5 f., 78 ff., 213 ff.

 siehe auch missverstandener Begriff intentional approach 106, 109 ff., 136, 188

Intentionalist, siehe intentional approach interpretation 101 ff., 192 f., 195 ff., 201 ff.

- siehe auch dictionary principle
- siehe auch falsa demonstratio non nocet
- siehe auch implication of terms in fact doctrine
- siehe auch rewriting
- allgemeine Grundsätze 102 ff.
- als richterlicher
   Rechtsanwendungsprozess 102
- Andeutung 151 f.
- armchair principle 128 ff., 196 f., 203
- Bezugspunkte 125 ff.
- circumstancial extrinsic evidence 114, 127 ff., 158 ff.
- common sense 134 f., 141
- contextualism 143
- doctrine of lapse 123 f., 153, 158, 160 f., 209, 218, 251

- evidence of the testator's intention 120, 127 ff., 158, 183 f., 204 ff.
- factual matrix, siehe circumstancial extrinsic evidence
- Falschbezeichnung, siehe falsa demonstratio non nocet
- gegen den Wortlaut 136 ff., 149 ff., 157 ff.
- gerichtliche Zuständigkeit 102 f.
- Grenzen 149 ff.
- incapable meaning rule 136
- intentional approach 106, 109 ff., 136, 188
- intrinsic evidence 126 f., 160, 197
- literal approach 107 ff., 136, 143, 193
- matrix of fact, siehe circumstancial extrinsic evidence
- modern contextual approach 114 ff., 125 ff., 136 ff., 149 ff.
- objektiver testamentarischer Sinngehalt 102 f.
- Perspektive 106 ff.
- principle of ademption 122, 152 f., 209, 218, 251
- reasonable person 118 ff., 130, 138, 148, 152, 155 ff.
- Reformation 182
- surrounding circumstance, siehe circumstancial extrinsic evidence
- textualism 143
- very strong presumption 147 f., 159 f., 184 f., 188, 215
- Zeitpunkt 122 ff.

*intrinsic evidence* 126 f., 160, 197 Irrtum, *siehe* Erklärungsirrtum,

Inhaltsirrtum und Motivirrtum Irrtumsanfechtung, siehe Anfechtung Irrtumserheblichkeit, siehe Kausalität

Kassation 91 ff., 200 f., 210 ff., 260 ff.

- siehe auch Anfechtung
- siehe auch rescission
- ergänzende Auslegung 64 f.

Kausalität 85 ff.

lacuna 176, 186

siehe auch implication of terms in fact doctrine

siehe auch rectification
 Law Commission 165, 186 f.

siehe auch Law Reform Committee
 Law of equity 173, 176, 187, 189
 Law Reform Committee 113 f., 151 f., 161 ff., 175 f., 186, 198

siehe auch Law Commission

Law Reform, 12th Programme of, siehe Law Commission

letter of administration 178, 200, 210

literal approach 107 ff., 136, 143, 193

Literalist, siehe literal approach

Lückenschließung, siehe ergänzende Auslegung, rectification und lacuna

matrix of fact, siehe circumstancial extrinsic evidence

Mikroperspektive 9

 siehe auch funktionale Rechtsvergleichung

siehe auch praesumtio similitudinis
missverstandener Begriff 5 f., 74, 173 f.,
213 ff., 242, 251 ff.

misunderstanding of the testator's instructions 176

modern contextual approach 114 ff., 125 ff., 136 ff., 149 ff.

Motiv, enttäuschtes, *siehe* Beweggrund, enttäuschter

Motivirrtum 80 ff., 250 ff., 291, 301 ff.

- siehe auch Beweggrund, enttäuschter

Nacherbschaft 28, 31 f., 37
Nachlassverwaltung, siehe
administration, executor und personal
representative
natürliche Auslegung 19
Nichtigkeit, siehe Kassation
normative Auslegung 19 f., 22
notarielles Testament 12 f., 28, 31, 34,

siehe auch will made with professional advice

objektiver testamentarischer Bedeutungsgehalt 19 ff., 102 f.

personal representative 13, 162, 177 ff. planwidrige Lücke 61 ff.

- siehe auch Anfechtung, wegen Motivirrtums
- siehe auch ergänzende Auslegung
- siehe auch implication of terms in fact doctrine
- siehe auch lacuna

praesumtio similitudinis 192, 273

- siehe auch funktionale Methode der Rechtsvergleichung
- siehe auch Mikroperspektive
   principle of ademption 122, 152 f., 209, 218, 251

reasonable person 118 ff., 130, 138, 148, 152, 155 ff.

Rechtsirrtum 78

Rechtsvergleichung, siehe funktionale Methode der Rechtsvergleichung, Mikroperspektive und praesumtio similitudinis

rectification 161 ff., 200 f., 210 ff., 246 ff., 250 ff.

- Abgrenzung zur interpretation 163 ff., 182 ff.
- Beweislast 167
- clerical error 162, 168 ff., 182 ff., 201, 217 f., 246 ff.
- convincing proof 167
- enttäuschter Beweggrund, siehe lacuna
- Erklärungsirrtum, siehe clerical error
- Ermittlung des wahren Erblasserwillens 166 f.
- failure by the testator to appreciate the effect of the words used 173, 176
- failure to understand the testator's instruction 162, 171 ff., 185, 201, 248 ff., 275
- Frist 177 ff.
- Grenzen 180 ff.
- im Vertragsrecht 176 f., 187
- lacuna 176, 186
- law of equity 173, 176, 187, 189
- misunderstanding of the testator's instructions 176
- Rechtsirrtum 171 ff.
- Reformation 182
- statutory rule 161 f.
- Tatsachenmaterial 167
- Übermittlungsfehler 172

- uncertainty 176
- Verhältnis zu den testamentarischen Formvorschriften 180 f.
- Zulässigkeit 161 ff.
- Zuständigkeit 163

Reform 279 ff.

- siehe auch Law Commission
- siehe auch Law Reform Committee
- eigene Position 298 ff.
- ~vorschläge des Schrifttums 280 ff.
  Reformation 54 f., 73, 157, 182, 298 ff.
  Regelungslücke, planwidrige 61 ff., 73 f.
  Regelungsplan, siehe Willensrichtung rescission 11, 261
  revocation 102
  rewriting 136 ff., 149 ff., 180, 198, 203 f., 212, 241, 273

Schadensersatz 11, 92, 171, 249, 306 f.

- siehe auch Affektionsinteresse
- siehe auch Vermögensschaden
  statutory provision 101 f., 121 ff., 132 ff., 162, 276

statutory rule, siehe statutory provision subjektiver Erklärenden-Horizont, siehe erläuternde Auslegung, Perspektive und rectification, Perspektive Surrogat 29, 64, 122

surrounding circumstance, siehe circumstancial extrinsic evidence

Teilanfechtung, *siehe* Anfechtung testamentarische Lücke, *siehe* Regelungslücke, planwidrige Testamentseröffnung 102 Testamentserrichtungswille, *siehe animus* 

Testamentskorrektur 285, 294 ff., 301 ff. testamentum mysticum 283, 285 f., 300 textualism 143

- siehe auch literal approach Treu und Glauben 82, 91, 281 f.

Übergehung eines Pflichtteilsberechtigten 86 f.

Übermittlungsfehler 172, 183, 211, 246, 248 ff., 261, 275

siehe auch failure to understand the testator's instruction

uncertainty 157 Universalsukzession 12, 39

Verbot der Buchstabeninterpretation 30 Verkehrsgeschäft 244, 281 Verkehrssitte 20 Vermächtnis 5 f., 29, 39, 56, 79, 88 f., 93, 121, 123, 209, 266, 282 f., 292 f. Vermögensschaden 34, 172, 212, 249, 306 f.

- siehe auch Affektionsinteresse
- siehe auch Schadensersatz

Vermutung für die Ähnlichkeit, siehe praesumtio similitudinis

Vermutung, widerlegliche 33, 35, 90, 104, 139, 194

siehe auch very strong presumption
 Verwirkung 54, 73

very strong presumption 147 f., 159 f., 184 f., 188, 215

siehe auch Vermutung, widerlegliche
 Vorerbschaft 37 f., 79
 Vorstellung, unbewusste 84 f., 87, 95, 268

Weiterentwicklung einer testamentarischen Verfügung 72 f., 255, 276, 309

Widerruf einer testamentarischen Verfügung 17, 64, 88

- siehe auch revocation will 13 ff.
- made with professional advice 14 f.
- privatschriftlich 13
  Willensrichtung 8, 62, 66 ff., 255, 296
  Willenstheorie 41

wohlwollende Auslegung 24, 59